

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 72 (1992)
Heft: 6

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deregulierung – nichts für die Schweiz?

Deregulierung meint eine wirtschaftspolitische Grundtendenz, die darauf gerichtet ist, handlungs- und entscheidungslimitierende Regulierungen zu beseitigen, deren gesamtwirtschaftliche Kosten höher einzuschätzen sind als ihr Nutzen. Negative Effekte solcher Art kommen dann zustande, wenn Regulierungen, fragwürdige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen oder wirtschaftspolitische Massnahmen *wirksamen Wettbewerb* behindern, verfälschen oder im Extremfall völlig aufheben. Regulierungen oder wettbewerbsbeeinträchtigende wirtschaftliche oder wirtschaftspolitische Verhaltensweisen sind selbstverständlich auch dann als höchst fragwürdig zu bezeichnen, wenn sie, wie das etwa bei Subventionen oft der Fall ist, ihren Zweck nicht (mehr) erfüllen. Bei der Deregulierung handelt es sich mithin um *Ordnungspolitik in Reinkultur*. Sie bezweckt, wirtschaftliche Aktivitäten über die *Stärkung des Wettbewerbsprinzips* zu dynamisieren und damit der Wirtschaft jene Impulse zu geben, deren

sie besonders heute mit Blick auf die konjunkturellen und strukturellen Schwächen (Stichwort: Anpassungsprozesse) dringend bedarf. Deregulierung verbessert die Funktionsbedingungen der Wirtschaftsordnung.

Wer Deregulierung predigt, ist jedoch kaum je der Meinung, dieses Prinzip sei mit fundamentalistischer Rigorosität oder sturer Unnachgiebigkeit anzuwenden. Es kann selbstverständlich auch im wirtschaftlichen Verhalten legitime Gründe geben, die eine *Ausnahme vom Prinzip* rechtfertigen, bei denen also das Wirtschaftlichkeitsprinzip, das kompromisslos rationale Kalkül nicht mit letzter Konsequenz angewendet werden soll. Jedermann ist in der Schweiz wohl damit einverstanden, dass die Landwirtschaft aus vorwiegend nicht-wirtschaftlichen Überlegungen vor der internationalen Konkurrenz, der sie zufolge der natürlichen Produktionsbedingungen nicht standzuhalten vermöchte, geschützt werde. Die ökonomische Rationalität hat dem Ziel der *Erhaltung* dieses Sek-

Unmittelbar vor der Generalversammlung der Gesellschaft «*Schweizer Monatshefte*», der er viele Jahre als Vorstandsmitglied und Quästor gedient hatte, verstarb Herr **Dr. Karl Staubli**. Vorstand und Redaktion sind ihm zu grossem Dank verpflichtet, nicht allein für die Umsicht, mit der er das Rechnungswesen betreute und pflegte, sondern auch für seine Beiträge zum immerwährenden Gespräch in unserem kleinen Kreis, aus dem Anregungen und Ideen für den Inhalt und die Gestaltung der Zeitschrift hervorgehen. Wir werden Karl Staubli ein ehrendes Andenken bewahren.

Vorstand und Redaktion der
«*Schweizer Monatshefte*»

tors zu weichen. Der Agrarschutz kann sich, weil er notwendigerweise einen wettbewerbsverzerrenden Charakter hat, nicht mit dem Gütezeichen der Ordnungskonformität schmücken. Er ist *interventionistisch* und verursacht damit soziale Kosten, die als Preis für den Schutz der Landwirtschaft zu betrachten sind. Sie werden in der Schweiz auf etwa 8 Mia. Franken geschätzt. Damit stellt sich natürlich sofort die Frage, ob dieser Schutz auch zu *tieferen Kosten* zu haben wäre. Deregulierung geht durch die Aktivierung wirksamen Wettbewerbs auch auf *Kostenminimierung* in der Produktion aus. Der gleiche wirtschaftliche Ansatz sollte nun eigentlich auch für jene Bereiche der Wirtschaft gelten, die, aus welchen Gründen auch immer, unter eine interventionistische Glasglocke gestellt worden sind. Sie müssen sich eine ständige Überprüfung der interventionistisch erzeugten Kosten und möglicherweise zwar nicht eine Deregulierung, aber eine kostengünstigere *Reregulierung* gefallen lassen. Kommt selbstverständlich dazu, dass der interventionistische Schutz in liberaler Sicht die *absolute Ausnahme* bleiben soll.

In der Schweiz wird zwar viel von der Deregulierung gesprochen und geschrieben; aber in unserer Wirtschaftspolitik wird nach wie vor nach den *alten Regeln* verfahren und kaum davon Notiz genommen, was in dieser Beziehung in andern Ländern passiert. Zudem ist zu beobachten, dass an der überkommenen wirtschaftspolitischen Mentalität, die immer zuerst nach Gründen für die

Legitimierung eines interventionistischen Sonderfalles sucht, so dass die Ausnahme zur Regel zu werden droht, noch kaum Abstriche gemacht worden sind. Und dies, obwohl es an wissenschaftlich fundierten Analysen und Untersuchungen, die einzelne *interventionistische Sündenfälle* – es sind nicht wenige – klar bezeichnen, nicht fehlt. Die folgenden Stichworte mögen genügen, um den Handlungsbedarf im Deregulierungsgeschäft der Eidgenossenschaft anzudeuten: der Arbeitsmarkt wird von zahlreichen mobilitätshemmenden Regeln eingeengt; die staatliche Finanz-, insbesondere die Steuerpolitik, die auch für den Finanzplatz Schweiz relevant ist, gleicht schon seit Jahrzehnten einem Schauspiel von besonderer Traurigkeit; es gibt Ärgernisse mit öffentlichen Monopolen; zu den wirtschaftlichen Sektoren, denen eine Verjüngungskur nicht schaden könnte, wären weiter die Landwirtschaft, der Liegenschaften- und Bodenmarkt, der Bausektor und zahlreiche andere Bereiche zu zählen. Bundesrat Ogi hat kürzlich in einem Vortrag an der Universität Zürich der Erwartung Ausdruck gegeben, dass der «Weg der Schweiz nach Europa» auch dazu beitragen werde, verkrustete Strukturen in der Wirtschaft aufzubrechen. Als Verkehrsminister weiss Ogi, wovon er spricht! Bei der Bahn 2000 – und dies ist nur *ein* Beispiel – harzt es an allen Ecken und Enden. Deregulierung – nichts für die Schweiz? Der wirtschaftspolitische Wille, auf diesem Gebiet ein Stück weit voranzukommen, tritt jedenfalls nicht klar hervor.

Willy Linder

Der Souverän als Krisenmanager

In einem militärischen Referat ist kürzlich das *Wesen der Krise* mit dem Zusammenspiel folgender Elemente beschrieben worden: Gleichzeitigkeit der Ereignisse, Erschöpfung der verfügbaren Mittel, allgemeine Verunsicherung und daraus folgend Wunsch nach Führung, Ungenügen des bestehenden Rechts, vor allem bezüglich Verfahren und Abläufen, sowie Uneindeutigkeit und Mangel an Information. Die spontane Assoziation lag nahe – wem fielen nicht gleich aktuelle Beispiele zu jedem dieser Merkmale aus dem politischen Leben ein. Müsste man folglich von einer Krise sprechen?

In der Tat ist der Begriff heute rasch zur Hand, sei es im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Rezession, die stärker greift, als man es bis vor kurzem wahrhaben wollte, sei es beim etwas gar elitären Disput über Sinn- oder Identitätskrise oder sei es in der globalen Diskussion über Ökologie und Entwicklung. Was uns hier in den letzten Monaten immer wieder beschäftigt hat, ist vorab die *innenpolitische Dimension*: Stecken die Institutionen unseres Staates, das sogenannte politische System oder unsere schwerer zu fassende politische Kultur in der Krise? Allzu leicht sollten wir uns solchen Befund nicht machen. Trüben nicht oft selektive Wahrnehmungen den Blick aufs Ganze?

An *Ereignissen*, die uns *gleichzeitig* beschäftigen und belasten, fehlt es gewiss nicht. Der Zerfall der gewaltigen machtpolitischen und ideologischen Bastion im Osten unseres Kontinents und die damit kontrastierenden dynamischen Entwicklungen im westeuropäischen Raum einerseits, die Verschärfung des weltwirtschaftlichen Konkur-

renzkampfes in Konfrontation mit der sich globalisierenden Umweltproblematik andererseits stellen unsere komfortable Beobachterrolle in Frage und fordern von uns schnellere Reaktionsfähigkeit und Beweglichkeit. Dass just in diesem Moment die verfügbaren – finanziellen – *Mittel* sich zwar nicht gerade erschöpfen, aber doch den Handlungsspielraum einengen, wird auf allen Stufen des Gemeinwesens überdeutlich sichtbar. *Verunsicherung* ist allenthalben zu spüren und drückt sich in einer verstärkten Polarisierung und Unduldsamkeit aus. Klagen über *Führungslosigkeit* haben Konjunktur, nur wird in der Regel zu wenig hart gefragt, an wen sie adressiert werden müssten.

Noch haben wir so viele Besitzstände oder gar Privilegien zu verteidigen – und tun dies mit Inbrunst –, dass man um den Eindruck nicht herumkommt, bei solchen Klageliedern würden auch viele Krokodilstränen vergossen. Die politischen Rechte werden bis zur Neige ausgekostet, die legitimen Vetomöglichkeiten der direkten Demokratie mit geradezu sportlichem Ehrgeiz bis an die Grenze der Legalität strapaziert – aber wenn der scheinbar überforderte Souverän dann zum *Test* antritt, erweist er sich unversehens als fähig zur abwägenden, nüchternen Differenzierung und zu verantwortungsbewussten Entscheidungen. Die traditionellen *Verfahren und Abläufe* erscheinen zweifellos als oft enervierend langsam und ineffizient, aber das geduldige Erdauern hat bisher nicht zu nachweisbaren Schäden geführt.

So steht man denn mit gemischten Gefühlen vor Krisensymptomen, sorgt sich, ob eine seriöse politische Meinungsbildung im hektischen *Jahrmarkt*

der Informationen noch möglich sei, ärgert sich über trickreiche Initiativen, die Sand ins parlamentarische Getriebe streuen – vielleicht auch über die darin zum Ausdruck kommende emotional gestimmte *Vox populi* selbst –, und erkennt doch immer wieder, dass dieses ganze verschlungene Kräftespiel unseres politischen Systems auch ein *Instrument der dauernden Krisenbewältigung* darstellt. Ziel- und Interessenkonflikte auszutragen ist das Wesen der Politik; dass sie nie restlos lösbar sind, sondern zu Gunsten der einen und zu Lasten der anderen Seite entschieden werden müssen, schafft ein stets sich erneuerndes Krisenpotential. Die direkte Demokra-

tie, die auf Kosten straffer Führung durch Exekutive und Legislative das letzte Wort wechselnden Mehrheiten vorbehält, kann Entscheide erträglicher machen und damit Krisen entschärfen.

Selbst wenn in den bevorstehenden Ausmarchungen über die europäische Integration und – momentan besonders brisant – über die schweizerische Sicherheitspolitik Konflikte sich häufen und Behörden, Parlamente und Parteien noch stärker in kritische Lagen bringen dürften, so wird zuletzt der *Souverän* auch diese Krisen meistern, nicht etwa durch höhere Weisheit, sondern allein durch den einfachen, aber abschliessenden und klärenden Entscheid.

Ulrich Pfister

Tiger-Schibe, **gäbig, guet** **u gschwind**

«**Delicrem**»,
die rahmige,
die besonders
leicht schmilzt

Tiger

Schmelzkäsespezialitäten
Langnau im Emmental



«**Toast extra**»,
die rezepte,
aus Gruyère,
Appenzeller und
Emmentaler

«**Viertelfett mild**»,
die leichte,
mit wenig Kalorien

«**Sandwich**»,
die milde,
aus Emmentaler